

Abstract

Titel: Politische Partizipation von Migranten auf kommunaler Ebene

Kurzzusammenfassung: Die Arbeit beschreibt die aktuellen Rahmenbedingungen der politischen Partizipation von Migranten in der Schweiz und zeigt Möglichkeiten auf, welche die politische Partizipation von Migranten fördern können, ohne ein Wahl- und Stimmrecht für Ausländer zu fordern.

Autor(en): Marco Gisler

Referent/-in: Prof. Gabi Hahn, Dozentin Fachbereich Soziale Arbeit

Publikationsformat: BATH
 MATH
 Semesterarbeit
 Forschungsbericht
 Anderes

Veröffentlichung: 2018

Sprache: Deutsch

Zitation: Gisler, Marco. (2018). *Politische Partizipation von Migranten auf kommunaler Ebene*. Unveröffentlichte Bachelorarbeit, FHS St.Gallen, Fachbereich Soziale Arbeit.

Schlagwörter (Tags): Migration, Partizipation, Soziale Arbeit, Sozialpolitik

Ausgangslage:

Migration und Integration werden in den Medien breit diskutiert und sind momentan auch Diskursthemen in der Sozialen Arbeit. Aktuell wird die Migrationsdebatte vor allem aufgrund von Flüchtlingsströmen aus Afrika geführt. Dies führt in der Gesellschaft zu einem verzerrten Bild über die aktuelle Situation bezüglich Migration in die Schweiz. Rund 25% der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz sind Ausländer. Viele Migranten stammen aus europäischen Ländern und viele sind schon lange in der Schweiz wohnhaft und gut integriert. Für Ausländer

existieren aber kaum Möglichkeiten sich partizipativ zu engagieren. Auf politischer Ebene stehen Menschen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft sogar ohne echte Beteiligungsmöglichkeiten da. Es besteht weitgehend weder ein aktives noch ein passives Wahl- und Stimmrecht. Ausnahme bilden einige Kantone die Wahl- und Stimmrecht für Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit auf kommunaler Ebene zulassen. Wenige Kantone kennen auch ein Wahl- und Stimmrecht für Ausländer auf kantonaler Ebene. Zudem wurden einige Projekte zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten lanciert. Des Weiteren wird eine partielle politische Partizipation in Form von Ausländerbeiräten oder Integrationskommissionen ermöglicht.

Ziel:

In dieser Arbeit wird das Demokratieverständnis aufgegriffen und eine Übersicht über die strukturellen Rahmenbedingungen von politischer Partizipation gegeben. Geleitet ist die Arbeit von den Fragen: Wie sieht die aktuelle Migration aus? Welche politischen Partizipationsmöglichkeiten sind vorhanden und mit welchen Massnahmen kann die Soziale Arbeit die politische Partizipation von Migranten auf kommunaler Ebene ohne Stimm- und Wahlrecht fördern? Daraus ergeben sich ein Gesamtüberblick über kommunale politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund sowie eine Vielzahl möglicher Massnahmen, die der Sozialen Arbeit ermöglichen könnten, die politische Partizipation von Migranten zu fördern.

Vorgehen:

Die vorliegende Arbeit beruht auf Literaturrecherche und beinhaltet keinen empirischen Teil.

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Themenwahl, der Fragestellung und dem Aufbau der Arbeit.

Das zweite Kapitel schafft einen Überblick über den Begriff der Migration. Neben einer kurzen Darstellung der Migrationsgeschichte werden die Typen von Arbeitsmigration sowie Flucht- und Asylmigration vorgestellt. Zudem werden in diesem Kapitel die wichtigsten aktuellen Zahlen zu Migration und die sozioökonomische Ausstattung abgebildet.

Im dritten Kapitel wird auf die rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf Migration eingegangen. Abgeleitet von den Menschenrechten werden die in der Schweiz vorherrschenden wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen erläutert. Eingeleitet wird dies mit einer Definition des Demokratiebegriffs.

Im vierten Kapitel wird Integration thematisiert. Es wird die gesetzliche Verankerung dieses Begriffes erklärt und die Auswirkungen auf die Integrationsbemühungen werden dargelegt. Zudem wird exemplarisch das Integrationsprogramm des Kantons St.Gallen erläutert und dessen Auswirkungen aufgezeigt.

Nachfolgend wird ein Überblick über Partizipation gegeben. Eingeleitet wird dies mit der Erläuterung des Partizipationsbegriffs. Zur Erklärung dient das Stufenmodell der Partizipation. Um den Bezug zur Politik herzustellen, wird die politische Partizipation erklärt und es werden Partizipationsmöglichkeiten von Migranten vorgestellt. Am Schluss dieses Kapitels werden die Begriffe politische Partizipation und Migration miteinander verbunden und aufgezeigt, welche Gruppen tatsächlich politisch partizipieren und was politische Partizipation für einen Integrationsbeitrag leisten kann.

Das sechste Kapitel stellt den Zusammenhang her zwischen den Menschenrechten und dem Berufskodex einerseits und der Sozialen Arbeit andererseits.

Schliesslich werden im siebten Kapitel mögliche Massnahmen der Sozialen Arbeit aufgezeigt, die politische Partizipation von Migranten auf kommunaler Ebene fördern können. Unterteilt werden die Massnahmen entsprechend ihrer Wirkungsebenen: Mikro-, Meso- und Makroebene. Zum Abschluss dieses Kapitels werden wichtige Grundsätze für die Soziale Arbeit im Zusammenhang mit der Förderung der politischen Partizipation von Migranten auf kommunaler Ebene ausgearbeitet.

Im achten Kapitel wird die Arbeit in einer Synthese zusammengefasst und im neunten Kapitel wird ein Fazit in Form einer Stellungnahme gezogen.

Erkenntnisse

In der Schweiz gibt es für Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit keine Möglichkeit für echte Partizipation. Politische Partizipation ist nur im weiteren Sinne möglich. Dies beinhaltet beispielsweise das Sammeln von Unterschriften für politische Vorstösse, das Unterschreiben einer Petition. Auch eine Form der politischen Partizipation im weiteren Sinne ist das Engagement in einem Verein oder einer Partei mit politischem Zweck. Zudem gibt es die Möglichkeit zum Einsitz in eine beratende Kommission im Zusammenhang mit der Politik. Auch gibt es Migrantenselbstorganisationen, die aufgrund ihrer Grösse und gesellschaftlichen Anerkennung politischen Einfluss nehmen können. Politische Entscheidungsbefugnisse haben Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft in der Schweiz aber keine.

Wenn die Demokratie, wie vom Wort abgeleitet, als eine Herrschaft des Volkes aufgefasst wird, wäre es folgerichtig, dass alle in der Schweiz wohnhaften Personen mitbestimmen dürfen. Im Menschenrecht wird dies zwar nicht explizit festgehalten, dennoch gibt es von der Schweiz nicht ratifizierte Artikel, die eine stärkere politische Partizipation für Ausländer fordern. Auf Grundlage dieser nicht ratifizierten Artikel kann davon ausgegangen werden, dass der Einbezug der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession berechtigt ist.

Für die Soziale Arbeit gibt es in den Feldern Beratung, Bildung und Empowerment Möglichkeiten auf der Mikro-, Meso- und Makroebene tätig zu sein.

Auf der Mikroebene steht die Vermittlung von Wissen über die bestehenden Rechte und Partizipationsmöglichkeiten im Vordergrund.

Auf der Mesoebene besteht in der Sozialen Arbeit die Möglichkeit, durch das Arbeiten mit Empowerment-Ansätzen politische Partizipation für Migranten zu fördern.

Auf der Makroebene gilt es für die Soziale Arbeit mit ihrem Hintergrund als Menschenrechtsprofession politisch aktiv zu werden und vermehrt politische Partizipation für Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft zu fordern. Auch auf der Makroebene verordnet ist, dass die Soziale Arbeit sich vermehrt in bestehende überregionale oder nationale Netzwerke einbindet, die politische Partizipation für alle stimmbfähigen Personen einsetzt. Das verstärkt die politische Macht und die Durchsetzung der Gleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern mit Einheimischen.

Literaturquellen:

Abbt, Christine & Rochel, Johan.(2016). *Migrationsland Schweiz - 15 Vorschläge für die Zukunft*. Baden: Hier und Jetzt.

D'Amato, Gianni. (2010). *Historische und soziologische Übersicht über die Migration in der Schweiz, Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik*. Gefunden am 1. Februar 2018 unter: <http://journals.openedition.org/sjep/340#ftn5>

Heckmann, Friedrich. (2015). *Integration von Migranten - Einwanderung und neue Nationenbildung*. Wiesbaden: Springer VS.

Hoesch, Kirsten. (2018). *Migration und Integration - Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Rüegger, Vanessa. (2017). Demokratie – Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer. In Andras Glauser. *Politische Recht für Ausländerinnen und Ausländer?* (S. 20-54). Zürich, Basel, Genf: Schulthess.